

FBP aktuell: Standpunkt von Alexander Batliner, stv. FBP-Landtagsabgeordneter

# Liechtenstein braucht ein eigenes Radio

**Standpunkt** Radio Liechtenstein wird die höheren SUISA-Gebühren mit den aktuellen Finanzen nicht tragen können. «Weiter wie bisher» ist keine Option. Regierung und Landtag müssen sich die Frage stellen, ob sie noch ein staatliches Radio wollen. Ein Ja muss auch eine Erhöhung des Staatsbeitrags bedeuten.

Auf den ersten Blick erscheinen die Jahreszahlen 2016 des Liechtensteinischen Rundfunks positiv zu sein, konnte doch ein Gewinn von 14 197 Franken ausgewiesen werden. Auch die Werbeeinnahmen waren mit rund 1,2 Mio. Franken gegenüber dem Jahr 2015 nur leicht rückläufig. Eine weitere grosse Einnahmequelle ist der Staatsbeitrag, der 2016 1,743 Mio. Franken betrug. Da aber nur schon der Personalaufwand mit 1,8 Mio. Franken höher ausfällt als die gesamten Werbeeinnahmen oder auch als der Staatsbeitrag, macht deutlich, dass Radio Liechtenstein ohne Staatsbeitrag nicht überlebensfähig wäre. In den kommenden Jahren muss Radio Liechtenstein seine Infrastruktur in der Grössenordnung von knapp zwei Mio. Franken modernisieren. Zudem werden die Kosten für die Urheberrechte (SUISA-Gebühren) je nach Verhandlungsergebnis rückwirkend für die Jahre 2014/15 aber sicher ab dem Jahre 2016 massiv höher ausfallen. Sie werden in Zukunft wohl in einer Grössenordnung von ca. 150 000 Franken pro Jahr angesiedelt sein. Da die SUISA-Abrechnungen jeweils zwei Jahre nach dem Erhebungsjahr erfolgen, ist der letztjährige Jahresabschluss davon noch nicht tangiert. Die Jahreszahlen 2016 zeigen jedoch deutlich, dass Radio Liechtenstein weder die bevorstehenden Investitionen noch die zukünftigen, höheren SUISA-Gebühren mit dem heute gültigen Staatsbeitrag von rund 1,7 Mio. Franken selbst tragen kann.

## Kein «Weiter wie bisher»

Deshalb wird ein «Weiter wie bisher» nicht funktionieren. Dies



«Wollen wir noch ein staatliches Radio oder wollen wir keines mehr? Jeder, der diese Frage mit Ja beantwortet wird auch zustimmen müssen, dass der Staatsbeitrag merklich erhöht und der Investitionsbedarf von knapp zwei Mio. Franken zusätzlich vom Staat übernommen wird. Wer dazu nicht bereit ist, soll dann aber auch so ehrlich sein und sich für die Einstellung des Sendebetriebs und die Auflösung des Liechtensteinischen Rundfunks aussprechen.» Alexander Batliner. (Foto: Zanghellini)

würde nur dazu führen, dass Radio Liechtenstein schon sehr bald in die roten Zahlen geraten und über kurz oder lang zu einem Sanierungsfall würde. Das ist keine Option. Eine Möglichkeit wäre die Einführung von Radio- und TV-Gebühren. In anderen europäischen Ländern ist es üblich, dass jeder Haushalt für den Radio- und TV-Konsum Gebühren bezahlt. Ein Grossteil dieser Gebühreneinnahmen werden für den Sendebetrieb der öffentlich-rechtlichen

Radio- und TV-Stationen verwendet. Ein grundlegender und nicht zu vernachlässigender Unterschied zu den Gebühren anderer europäischer Staaten besteht jedoch darin, dass im Ausland Gebühren mehrheitlich für den TV-Konsum eingezogen werden. Dies wäre bei uns nicht der Fall. Unsere Gebühren würden sich alleine auf das Radio beschränken. Da es viele Personen gibt, welche gar nicht Radio oder zumindest nicht Radio L hören, würden etliche

für eine Leistung bezahlen müssen, die sie gar nicht in Anspruch nehmen. Deshalb würde die Einführung von Radiogebühren in einem Missverhältnis stehen. Diese Ausgangslage ist mit jener des Auslandes nicht vergleichbar, da dort Gebühren auch für den TV-Konsum eingezogen werden und es nun mal erwiesen ist, dass viel mehr Personen Fernsehen als Radio hören. Somit ist dieses Missverhältnis im Ausland praktisch nicht existent, da beinahe jeder ent-

weder Radio oder TV konsumiert und somit auch die Leistung bezahlt, für die er Gebühren bezahlt.

## Politik steht vor entscheidender Frage

Deshalb stehen Regierung und Landtag nun vor der entscheidenden Frage: Wollen wir noch ein staatliches Radio oder wollen wir keines mehr? Jeder, der diese Frage mit Ja beantwortet, wird auch zustimmen müssen, dass der Staatsbeitrag merklich erhöht und der Investitionsbedarf von knapp zwei Mio. Franken zusätzlich vom Staat übernommen wird. Wer dazu nicht bereit ist, soll dann aber auch so ehrlich sein und sich für die Einstellung des Sendebetriebs und die Auflösung des Liechtensteinischen Rundfunks aussprechen. Für mich steht ausser Frage, dass Liechtenstein ein eigenes Radio braucht. Ich erachte es als unabdingbar, dass ein parteiunabhängiges Medium, welches nach journalistischen Normen arbeitet, existiert. Radio L leistet damit einen fundamentalen Anteil zum Funktionieren unserer Demokratie und unserer direkt-demokratischen Strukturen. Aus diesem Grunde beantworte ich die zuvor gestellte Frage mit einem klaren Ja. Ich unterstütze die Bestrebungen, dass der Staatsbeitrag an Radio L merklich erhöht wird und der Investitionsbedarf zur Modernisierung der Infrastruktur zusätzlich vonseiten des Landes getragen wird. Alles andere würde über kurz oder lang dem Ende von Radio Liechtenstein gleichkommen, was für mich kein gangbarer Weg darstellt.

Alexander Batliner,  
stv. FBP-Landtagsabgeordneter

## FBP-TERMINE

# FBP

LIECHTENSTEIN

### FBP Schaan Jahresversammlung

Wann  
Dienstag, 16. Mai, 19 Uhr

Wo  
Rössle, Schaan

Was  
Die Jahresversammlung wird von Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut eingeleitet. Er wird einerseits über die Nachwahlbefragung berichten und andererseits die aktuelle Auswertung der Website «wahlhilfe.li» vorstellen. Anschliessend: Apéro.

#### Kontakt

E-Mail: info@fbp.li  
Internet: www.fbp.li



## FBP aktuell

# FBP-Ortsgruppe Balzers informiert

**Allerlei** Die diesjährige Jahresversammlung der FBP-Ortsgruppe bot interessante Kurzvorträge zum aktuellen Thema «Biber in Balzers». Anschliessend wurde Rechenschaft über verschiedene Aktivitäten des Vorstandes abgelegt, Gemeinderäte informierten über ihre Arbeit im Gemeinderat und verdiente Personen wurden geehrt.

#### VON MARLEN FRICK-EBERLE

Obmann Marcel Gstöhl durfte zahlreiche treue Parteifreunde sowie namentlich Regierungschef Adrian Hasler, Regierungsrätin Aurelia Frick, Parteipräsident Thomas Banzer und Manuel Frick, Stv. Regierungsrat sowie die Referenten der Vorträge im Restaurant Riet herzlich begrüßen. Es ist üblich, dass an der Jahresversammlung jeweils ein «brennendes» Thema vorgängig der Sitzung zur Sprache gebracht wird. Heuer drängt sich in Balzers das Thema „Biber“ auf, da das Gemeindegebiet schon an einigen Standorten von diesen fleissigen Nagern besucht wurde und Schäden verursachte. Der Vorstand lud daher Amtsleiter, welche mit diesem Thema befasst sind, ein; so wurde das Streitthema Biber von unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und anschliessend kontrovers diskutiert. Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der LGU, Emanuel Banzer vom Amt für Bevölkerungsschutz und Olivier Nägele, Abteilungsleiter im Amt für Wald und Landschaft brachten jeweils ihre Standpunkte zu Gehör. Aus



Von links: Marcel Gstöhl, Oliver Nägele, Monika Gstöhl, Emanuel Banzer, Leila Frick-Marxer, Vorsteher Hansjörg Büchel. (Foto: Nils Vollmar)

allen Vorträgen ging hervor, dass die Biber bei uns grundsätzlich ihre Berechtigung haben, da sie eine wertvolle und positive Rolle in der Oekologie unserer Natur spielen. Andererseits muss mit schnellen und nachhaltigen Massnahmen unser Lebensraum geschützt und mittels eines Managementplans die Regulierung aller wild lebenden Tiere im Land festgelegt werden. Es wurde auch eingeräumt, dass mit voreiligen Massnahmen wie Biberfallen und wahllosen Abschüssen das Problem nicht zu bewältigen sei.

#### Ein erfolgreiches Jahr

Die Jahresversammlung wurde mit dem Bericht des Präsidenten eröff-

net, der über die verschiedenen Aktivitäten der FBP-Ortsgruppe informierte, die ein erfreuliches Echo in der Gemeinde fanden. Ebenso erfreulich zeigte sich die Jahresrechnung, die einen schönen Gewinn ausweist. Aus der Gemeinderatsstube wurde aus den einzelnen Ressorts abgegeschlossen und noch anstehenden Projekten informiert und die gute Zusammenarbeit der Parteien positiv erwähnt. Gemeindevorsteher Hansjörg Büchel berichtete über die finanzielle Situation der Gemeinde, auch hier müssen durch auferlegte Sparmassnahmen anstehende Projekte und Ideen sehr genau geprüft werden. Aus dem Gemeinderat wurde Manuel Frick verabschiedet, er ist

neu als Regierungsrat-Stellvertreter tätig. Sein Ressort übernimmt nun Fidel Frick. Ebenfalls ein grosses Dankeschön und ein Präsent erhielten die beiden Landtagsmitglieder Christine Wohlwend und Helmuth Büchel, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt haben. Die Vorstandsmitglieder Christine Wohlwend und Wilma Frick gaben ihren Austritt, Leila Frick-Marxer tritt neu an ihre Stelle. Für das laufende Jahr stehen bereits schon einige interessante Aktivitäten fest, der Vorstand freut sich über rege Teilnahme. Abschliessend überbrachte Parteipräsident Thomas Banzer Gratulation und Dank der Landespartei. Mit einem feinen Risotto schloss dieser informative Abend.

ANZEIGE

